

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ansehl. Anstellungsgelder. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

In amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

Für unterjüngst eingehende Manuskripte mit feiner Handschrift. Nachdruck mit Erlaubnisgabe: 'Saale-Z.' gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 116/2; der Annoncenabteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechshundertvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mt.

Der „Schmarren von des Reiches Größe und Herrlichkeit“.

Das bayerische „Waterland“ war es, das sich mit dieser patriotischen Wendung am 8. September 1895 gegen die „breite Bettelsuppe nationaler Schlagworte“ und gegen die Erinnerung an die „sieg- und glorreichen Massenschlachten in Frankreich“ wandte, wie sie im Sedanfest zutage tretete. Wir haben gesehen die 40jährige Wiederkehr des ewig denkwürdigen Tages begangen, und es ist uns auch nicht ein Beispiel zu Ehren gekommen, daß irgendwo bei den zahllosen Feiern oder in der Presse die waterländische Begeisterung jene Grenzen überschritt, jenseits deren die Empfindlichkeit der Befestigten sich verlegt fühlt.

Das fest schon ganz danach aus, als sei auch das amtliche Bayern und das bayerische Militär bereits so weit, den Sedantag als eine Sache anzusehen, deren feierliche Begehung man den verfl. ... Preußen überlassen könne. Es ist das um so befreudlicher, als gerade das 1. und 2. Bayerische Korps mit der Eskrimierung von La Motte und Bagelles und durch die Besetzung der Stellung zwischen Frenois und Wadelincourt gegen einen etwaigen französischen Durchbruchversuch den Ring um Sedan schließen halfen und unvergänglich Lorbeer an ihre Fahnen fegten. Wer sich freilich gewisser früherer Vorgänge und Zusammenhänge erinnert, der wird für diese, das deutsch-nationale Empfinden schwer verletzende Zurückhaltung auch die Erklärung finden. Das Sportwort von „St. Sedan“ stammt nicht aus der Redaktionsstube des „Normz.“, noch aus einem anderen sozialdemokratischen Organ, sondern aus dem stillen, frommen Bischofzimmer des ultramontanen Bischofs von Ketteler. Die Gekinnung, die daraus spricht, ist heute für Bayern dank der Herrschaftsstellung des Zentrums maßgebend geworden. Und nicht erst heute. Schon 1897, als der 100. Geburtstag Kaiser Wilhelms I., des ersten Herrschers des geeinten Reiches, in ganz Deutschland feierlich begangen wurde, ließ auch Prinzregent Luitpold an die oberen Kirchenbehörden die Weisung ergehen, des Tages von der Kanzel herab Erwähnung zu tun. Das Verordnungsblatt des bischöflichen Ordinariates Regensburg aber persiflierte diesen Erlass in einer Art, welche die „Augsburger Abendzeitung“ am 9. März als eine raffinierte Verhöhnung und Vereitelung der Anordnung des Staatsoberhauptes zu kennzeichnend ansah nahm. Und 1900 fand im bayerischen Abgeordnetenhause jene berühmte Debatte über die Besetzung der Staatsgebäude an Kaisers Geburtstag statt, in der der Zentrumsführer Daller das Flagenbüchsen nur an „bayerischen“ Festtagen gestattet wissen wollte, damit der „Schmarren von des Reiches Größe und Herrlichkeit“ die bayerische Volksseele nicht aus dem Gleichgewicht bringe. Dama als ist dem Sprecher des „nationalen“ Zentrums Ministerpräsident Frhr. v. Crailsheim zwar scharf entgegengetreten, und er erhielt vom Prinzregenten auch die Erlaubnis zur Besetzung der öffentlichen Gebäude am hundertsten Geburtstag des alten Kaisers. Heute aber scheint der Widerstand gegen die herrschende, ultramontane Auffassung, wie sie einst das „Bayerische Waterland“ so prägnant

zusammenfaßte, auch an den höchsten amtlichen Stellen Bancus derart im Schwänden zu sein, daß selbst der bayerischen Armee die Feier des Tages nicht mehr gestattet wird, der den Grundstein für Kaiser und Reich schuf. Die „Münch. Neuest. Nachr.“ haben recht, wenn sie sagen, daß dergleichen jedem patriotisch gesinnten Deutschen die Schamröte ins Gesicht treibt.

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

S. & H. Stuttgart, 6. Sept.

Im großen Saale der Viederhalle trat heute hier unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Vertretern aller deutschen Handwerks- und Gewerbetämmern sowie von Vertretern der Reichsbehörden und amtlichen Vertretern der verschiedenen Bundesländerlichen Regierungen wie 10 Zuerstfälligkeit des Beschlusses deutscher Handwerks- und Gewerbekammern zusammen. Das Reichsamt des Innern vertritt Geh. Oberregierungsrat Jaup (Berlin); die preussische Staatsregierung hat den Geh. Oberregierungsrat Dr. Franke (Berlin), die bayerische Ministerialrat v. Raab (München), die sächsische Oberregierungsrat Dr. Raup (Dresden), die württembergische den Oberregierungsrat Schäfer und Ministerialrat v. Wolfsthal, die hessische Regierungsrat Dr. Wagner, Sachsen-Weimar den Staatsrat Dr. Rehdorf, Mecklenburg den Ministerialrat Müll und Lübeck den Regierungsdirektor Dr. Winde entsandt. Außerdem wohnten zahlreiche Vertreter von Provinzial- und Lokalbehörden der Tagung bei. Als Vertreter des Staatssekretärs des Innern nahm Geheimrät Oberregierungsrat Jaup (Berlin) das Wort. Das Reichsamt des Innern habe sich bisher noch mit Ausnahme eines einzigen an jedem deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag beteiligt. Das sei nicht etwa geschah, um einer übernommenen Pflicht nachzukommen, sondern vielmehr infolge eines großen und lebendigen Interesses, daß die Reichsregierung den Arbeiten dieser Tagung entgegenbringe und aus dem Gefühl heraus, daß die deutschen Handwerker wegen der Zerstörung ihrer Leistungen und wegen der Zuerstfälligkeit ihrer Vertreter in demselben Maße geschädigt und bedrückt zu werden verdienten, wie die Vertreter anderer Berufsstände. Er könne gleichzeitig im Namen der Vertreter der Bundesländer die Versicherung abgeben, daß alle deutschen Bundesregierungen der Tagung mit Aufmerksamkeit und Interesse folgen würden. Im Mittelpunkt der diesmahligen Verhandlungen stehe der Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Nicht alle seine Bestimmungen hätten den Beifall der deutschen Handwerks- und Gewerbekammern gefunden. Allein, er sei überzeugt, daß die Beratungen hierüber getragen sein würden von dem Grundsatze „Jedem das Seine“. Das Wappen des Landes, in dem der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag tagt, zeige die Inschrift „Furchlos und treu“. Diese Devise sei auch diejenige des deutschen Handwerks und Gewerbes. Anreiz durch Hindernisse und Minderwertigkeiten stehe es treu zu Kaiser und Reich und furchlos nehme es seine Stellung im Erwerbsleben der Gegenwart ein. (Lebh. Beifall.)

Hierauf erläuterte der Generalsekretär Dr. Mühsen (Hannover) den Jahresbericht des Ausschusses, der in Hannover seinen Sitz hat und der sich zurzeit aus den Handwerks-, Hosen-, Gewerbetämmern Berlin, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Hannover, Lübeck, München, Stettin und Stuttgart zusammensetzt. Der Ausschuss hat zunächst den Beschluß des letzten Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Königsberg betr. die Abgrenzung des Handwerks unter Berücksichtigung der modernen Entwicklung und der hierdurch neugetragenen Gewerbebewegung in eingehend begründeten Einträgen den Bundesregierungen vorgelegt. Dergleichen ist der Beschluß über die Frage der Regelung der gewerblichen Stellung handwerkemäßig tätiger Frauen weiter verfolgt worden, auch sollen die gewerblichen Großbetriebe in den Kreisen der Lehrlingsausbildung im Handwert herangezogen werden. Diese Angelegenheit soll gleichzeitig mit der Frage der Heranziehung juristischer Personen zu dem Handwerksrecht vom 26. Juli 1897 verhandelt werden. Des weiteren hatte der Ausschuss wieder einmal Gelegenheit, sich mit verschiedenen Regierungen vorlagen zu beschäftigen, die eine Abänderung der Gewerbeordnung bezwecken. Die sogenannte „große“ Gewerbeordnungs-Novelle zunächst beschäftigte den Reichstag und dementsprechend die einzelnen Interessentenvertretungen schon seit dem Ende des Jahres 1907, wozu ein Teil bereits Geleß gegeben ist. Er gab dabei seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Rücksichtnahme auf die arbeitnehmenden Kreise durch den Reichstag in immer steigendem Maße zu einer Reglementierung des Gewerbes führt, die den Interessen der selbständigen Unternehmer in völlig unzulässiger Weise Bedenken trägt und notwendigerweise zu einer doppelten Belastung des industriellen Gewerbes führen wird, daß es mit dem ausländischen Gewerbe nicht mehr konkurrenzfähig bleibt. Er hat darauf hingewiesen, daß diese weitgehende Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeitnehmer in den Kreisen des Handwerks besonders verhängnisvoll wirken wird, das aller eifrigen Bemühungen seiner Interessentenvertretungen ungeachtet noch immer auf die gesetzgeberische Erfüllung von Wünschen harren muß, die für das Handwerk von fundamentaler Bedeutung sind. Mehrfache Klagen über die Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften zur Organisation der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne veranlaßten den Ausschuss, diese Frage zur Beratung auf die Tagesordnung des Kammertages zu stellen. An erster Stelle beschäftigte sich der Handwerks- und Gewerbeamtstag mit dem Gelegenheitsvertrag betreffend die Reichsversicherungsordnung. Handwerkskammerpräsident Pöschke (Breslau) legte namens des Handwerkskammerausschusses folgende Resolution vor: Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag ist auf das äußerste befremdet darüber, daß der dem Reichstag vor-

gelegte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung trotz der einmütigen Ablehnung, die der frühere Entwurf in den Kreisen der selbständigen Erwerbstätigen gefunden hat, in seinen Hauptpunkten diesem ersten Entwurfe entspricht. Er wiederholt indessen seine den verhandelten Regierungen übermittelten Änderungsansprüche in der bestimmten Erwartung, daß der Reichstag diesen wohl begründeten Bedenken eine den Berufungen Interessentenvertretungen des Handwerks entsprechende Berücksichtigung zuteil werden läßt.

Unbedingte Voraussetzung für die Zustimmung zu dem neuen Gelegenheitsvertrag ist die Berücksichtigung folgender Forderungen: Der Vorsitzende der Kronenlehnens-Organisationsamt muß in jedem Falle dem Stande der selbständigen Gewerbetreibenden entnommen werden. Die Halbierung der Stimmen ist bei allen Abstimmungen unbedingt zu gewährleisten. Besondere Berücksichtigung soll den Punkten: gemeinsame Vorschriften, Kronenversicherung, Unfallversicherung und Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geschenkt werden, die einer vollkommenen Umgestaltung bedürfen.

In der Besprechung trat zunächst Reichstagsabgeordneter Malermeyer (München) für die Beibehaltung der §§ 41 und 42 ein. Hinsichtlich der Kronenlehnens-Organisation ist die Ablehnung des § 356 der Regierungsvorlage. Er trat auch für die Schaffung von Innungsstrafen ein. Malermeyer (München) forderte möglichst frühe Berücksichtigung des Kleingewerbes bei der endlichen Festlegung der Versicherungsordnung, während Obermeister (Lüneburg) unter allen Umständen die Halbierung bei den Kronenlehnens-abletten und Malermeyer (München) die Ausföhrungen des Abg. Zrl entgegensetzt. Handwerkskammerpräsident Dr. Purpus (Mugsburg) lehnte im Namen der Augsburger Kammer die in der Verordnung vorgesehene Versicherungsämter auch in der Form ab, wie sie die Reichstagskommission angenommen hat. An der Aussprache beteiligten sich jedoch noch weitere Redner, worauf schließlich mit 48 gegen 6 Stimmen der Königsberger Beschluß, der eine Drittelung der Beiträge verlangt, durch die Annahme der vom Ausschuss vorgelegten Resolution auf Halbierung der Stimmen aufgehoben wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Meisterprüfungsweisen der Handwerkskammern referierte Syndikus Pöschke (Breslau) und Malermeyer (München) (Darmstadt). Die von ihnen vorgelegte Resolution erklärt sich im allgemeinen mit der kritischen Durchsicht des Meisterprüfungsweises einverstanden. Im Interesse des Wertes und der Bedeutung der Meisterprüfung wird aber tadelhafte Zentralisierung des Prüfungsweises als unbedingt erforderlich bezeichnet. Es werden dann eine Reihe Grundzüge der Beobachtung empfohlen, über die sich eine längere Debatte entspann. Der Handwerkskammertag erklärte sich mit der Kenntnisnahme der vorgelegten Leitätze befreigt.

Den letzten Punkt der heutigen Tagesordnung bildete die Fürsorge für die gewerbliche Jugend. Krefft (München) als Referent unterbreitete der Versammlung hierzu folgende Leitätze: 1. Die Schäden, welche die heranwachsende Jugend durch die sozialdemokratische Erziehung erfährt, sind aufzuheben und über dieses Thema in allen dem Handwerker zugänglichen Blättern fortwährend in aufklärender Weise zu berichten, damit auch Eltern, Lehrer und Lehrmeister, ebenso aber auch die Regierungen und gelegentlichen Körperkassen über diese Vorgänge genauestens unterrichtet werden. 2. Alle Vorträge, welche darauf gerichtet sind, die Erziehung der Lehrlinge in moralischer, religiöser, vaterlands- und heimatsreuer Weise zu fördern, sind zu unterstützen. 3. Es ist darauf hinzuwirken, daß die sozialdemokratischen Jugendvereine, oder wie sie sonst hießen mögen, als politische Vereine erklärt und nicht gebildet werden. 4. Es ist den Lehrmeistern zur Pflicht zu machen, die Lehrlinge mit allen gesetzlichen Mitteln von dem Beitritt zu solchen Vereinen fern zu halten und in esse Verbot tunlichst schon in die Lehrverträge obligatorisch aufzunehmen, wie dies auch teilweise bereits geschieht ist.

In der Debatte wurde noch folgender Zusatz empfohlen: „Die Innungen, Gewerke und Handwerkervereinigungen sind zur Mitarbeit heranzuziehen bei den Arbeiten der Jugendfürsorge.“ Epp (Stettin) richtete an die verbundenen Regierungen die Bitte, ihre Aufmerksamkeit ebenfalls der sozialdemokratischen Bewegung unter der Jugend zuzuwenden und regte auch die Errichtung von Lehrlingsheimen und die Gründung von Lehrkräftenvereinen an. Syndikus Dr. Wildt (Düsseldorf) empfahl ein Hand in Hand arbeiten der Handwerkskammer mit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin. Hierauf wurde die vorgelegte Resolution mit dem Zusatz angenommen und die Weiterverhandlung auf Mittwoch früh vertagt.

Deutsches Reich.

Nachtlänge zu den Posenen Kaisertagen.

Die „Königliche Volkszeitung“ veröffentlicht über das persönliche Verhalten des Kaisers bei Gelegenheit der Feier der Schloßeinweihung in Posen aus zuverlässiger Quelle folgende Einzelheiten: Als am Abend des 20. Aug. gelegentlich eines Cercles, den das Kaiserpaar abhielt, der Wirkliche Geheimde Oberregierungsrat Dr. Gramsch, der Präsident der Anstellungs-Kommission, dem Kaiser vortrug, es mangle an Land; um weitere Kolonien in der Provinz zu erhalten, müsse entgegen werden, sprach der Kaiser sofort in aufschlüssiger Weise die Interhaltung ab. Auch ist der Kaiser nicht zur Bestätigung der Anstellungsämter gefahren, wie vorgeschrieben war, sondern nur die Kaiserin in Begleitung der Frau des Oberpräsidenten, der Reichsbischof v. Sikowski

mar von der Kaiserin in ein langes Gespräch gezogen worden. Später auch vom Kaiser.  
Das Fehlen des Grafen Dr. v. Jazdzewski beim Kaiserabend ist darauf zurückzuführen, daß er seine Kur in Karlsbad auf ärztlichen Rat nicht unterbrechen durfte.

**Wer das Posener Schloß bewohnen wird,**  
ist noch nicht bekannt. Die „Pos. Ztg.“ hatte sich an das Oberhofmarschallamt in Berlin gewandt, um zu erfahren, ob die Mitteilung, daß Prinz Eitel Friedrich dort residieren werde, auf Wahrheit beruhe. Darauf hat das Blatt folgende Antwort erwidert:

Auf Ihr Schreiben vom 20. n. M. erwidert das Oberhofmarschallamt ergeben, daß bemerken von einer Besetzung des Schlösses in Posen durch einen prinzipialen Hofhalt nichts bekannt ist. Berlin, 3. September. gez. Eulenburg.

Also wird das Kaiserliche Schloß einweilen leer stehen.

### Ein politischer Prozeß

der in die öffentliche Verwaltungspraxis einen tiefen Eindruck lassen wird, wird im nächsten Monat vor dem Königlich-Landesgericht zu Greifswald stattfinden. Es handelt sich um die Hauptverhandlung gegen den liberalen Rittergutsbesitzer Beder, Bartmannsbogen, der auf Grund einer Strafanzeige des Grimmer Landrats, des Grimmer Kreisaußschusses, des Regierungspräsidenten zu Stralsund und des Ministers des Innern wegen Beleidigung des Landrats Freiherrn von Wollan, Grimmen, und des Grimmer Kreisaußschusses angeklagt ist.

Der Angeklagte wird verteidigt von Herrn Rechtsanwält Dr. Schilling, Dortmund, dem ehemaligen Bürgermeister von Hufum, und Herrn Rechtsanwält Dr. Berndt, Gietlin, dem Kandidaten der fortgeschrittenen Volkspartei für die nächste Reichstagswahl im Wahlkreis Anklam-Dehmin. Herr Landrat Freiherr von Wollan tritt als Nebenkläger auf und wird in dieser seiner Eigenschaft von den Rechtsanwält Dr. Langematt, Stralsund, und Franz, Greifswald, vertreten.

Die Hauptverhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. Es handelt sich dabei um einen Rechtskampf, den der Angeklagte seit zehn Jahren gegen die Kreisverwaltung führt und dessen Anfänge zurückreichen bis in die Zeit, als der ehemalige Landrat Osterroth an der Spitze des Grimmer Kreises stand. Beder war, als Gutsvorsteher seines Rittergutes, der erste ehrenamtliche Kommunalbeamte im Kreise Grimmen, gegen den der frühere Regierungspräsident Scheller des Disziplinargesetzes in Anspruch nahm. Das bekanntlich nach und nach gegen alle ehrenamtlichen Kommunalbeamten im Kreise Grimmen gehandhabte wurde, die öffentlich für die Wahl des Reichstagsabgeordneten Gehöben eintraten. Im Falle Beder kam es dazu, daß während einer Reihe von Jahren der in Grimmen wohnende Privatsekretär des Grimmer Landrats auf Kosten des Gutsvorstehers Bartmannsbogen gegen ein monatliches Entgelt von 40 Mark die Gutsvorstehersgeschäfte in Vertretung wahrnahm. Gegen diesen Zustand hat der Geschädigte sich mehrfach gewehrt. Bei seiner Abreise beantragte er wegen eines gewissen Vorgehens des Grimmer Landrats dessen Befragung wegen Nötigung und Mißbrauch der Amts Gewalt und verlegte ihn im Verwaltungsverfahren bei dem Bezirksauschuss zu Stralsund. Der Strafanklag Beder wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Tene an dem Bezirksauschuss gerichtete Klage schriftlich wird die hauptsächlichste Grundlage für das Strafverfahren, das nunmehr endlich vor einem ordentlichen Gericht zum Austrag kommen wird. Der Strafanklage gegen Beder angehängt haben sich die Mitglieder des Grimmer Kreisaußschusses: die Herren Detonometrie Klassow, Strelow, Hecht, Schönewalde und Bürgermeister Rüdert-Grimmen.

### Die deutschen Militärinfanterie reisen nicht nach Brasilien.

Aus Paris wird gemeldet: „Matin“ erfährt bezüglich der deutschen Militärinfanterie, die nach Brasilien gehen sollen, um bei der brasilianischen Bundesarmee als Infanterie zu dienen, daß diese nicht nach Brasilien reisen werden. Die Franzosen waren bekanntlich wegen der Entsendung deutscher Infanterie sehr betroffen und wiesen darauf hin, daß der Staat von Brasilien mit den französischen Militärinfanterie zu rechnen sehr zu zögern und zu vermeiden liege. Wie es heißt, ist auf Initiative des Präsidenten da Fonseca, welcher ebenfalls in Berlin weilte, die Absendung der deutschen Militärinfanterie unterblieben.

Aus dieser Nachricht geht die hohe Bedeutung hervor, die man in Frankreich ganz im Gegensatz zu Deutschland dieser Frage beilegt. Jede Bewegung des Marschalls Hermes da Fonseca wird seit Wochen sorgfältig registriert. Der Marschall ist bereits von der französischen Presse mit Acht und Bogen bedroht worden. Die Ehrenankläge, die ihm gegeben werden sollten, wurden von den politischen Notabilitäten und Korporationen wieder abgelehnt. Nun scheint man dem erwähnten Präsidenten des brasilianischen Bundes in französischen Kreisen wieder günstiger gesinnt zu sein, und wird ihm, wenn er wieder in Paris erscheint, die Liebesswürdigkeiten, die man bei seinem ersten Besuch nicht an ihn verschwendet hat, noch nachträglich erweisen.

### Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu Frankfurt a. M. wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat eine Dringlichkeitsfrage richten, aus welchem Grunde er die städtische Postkasse für die geplante sozialdemokratische Manifestation verweigert hat.

### Heer und Flotte.

Automobile im Manöver. Der Minister des Innern bringt durch einen Erlass an die Oberpräsidenten aus Anlaß der bevorstehenden Herbstmanöver die für den Fahrzeugverkehr auf öffentlichen Wegen in Preußen bestehenden Polizeiverordnungen in Erinnerung. Es wird darin besonders darauf hingewiesen, daß es jetzt in ganz Preußen vorgeschrieben ist, rechts auszuweichen und links zu überholen. Am Schluß des Erlasses

heißt es: „Hierbei machen wir auf Erlaßen des Kriegsministers besonders darauf aufmerksam, daß die Bedeutung des Kraftfahrzeuges als militärisches Verkehrsmittel und als Kriegsmittel stetig zunimmt, so daß die Notwendigkeit besteht, den höheren Führern in den Manövern mehr als bisher Gelegenheit zur freigelegten Ausnutzung dieses Verkehrsmittels zu geben. Bei den Vorbereitungen der Truppen werden daher in Zukunft in wachsendem Umfange Kraftwagen zur Verwendung gelangen.“

### Kleine politische Nachrichten.

Die Postader Gasenarbeiter haben den Streik eingestellt, weil die Unternehmer streikende Werkarbeiter eingestellt haben. — Der Oberbürgermeister von Bielefeld Geh. Regierungsrat Bunnemann tritt am 1. April 1911 nach dreißigjähriger Amtszeit aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand. — Prinz Ludwig von Bayern hat, wie die „Münch. N. N.“ versichern, sich mit der Wiedergabe seiner Mitwirkung Rede ausdrücklich einverstanden erklärt. — Der XVII. internationale Straßen- und Kleinbahnkongress wurde in Brüssel eröffnet. Die preussische Regierung hat den Geheimen Oberregierungsrat Rabschke vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Baurat Verge vom Reichspostamt entsandt, außerdem waren anwesend die Direktoren Dietrich und Wiede von den Berliner städtischen Straßenbahnen und der Großen Berliner Straßenbahn. Ferner waren vertreten die bairische, sächsische und bayerische Regierung sowie die Reichsämter fast aller deutschen Großstädte. Nebenbei fand im Deutschen Saale ein Empfang statt. — Auf dem achten internationalen Genossenschaftskonferenz in Hamburg fand zum Schluß der Dienstleistung die Wahl des Zentralvorstandes statt, zu dem Delegierte stellten: England 5, Deutschland 4, Österreich 3, Dänemark 2, Frankreich 2, Ungarn 2, Schweiz 2, Holland, Schweden, Norwegen, Rumänien und Belgien je einen. Für Deutschland ergab sich die Wahl der alten Delegierten: Kaufmann, Lorenz, Rabe und von Elm.

### Hof- und Personalsnachrichten.

Prinz Heinrich von Preußen trat Dienstag am Nord des Logenbauers „Rozmaringer“ Geisler ein. Prinz Heinrich von Preußen trat Dienstag am Nord des Logenbauers „Rozmaringer“ Geisler ein. Prinz Heinrich von Preußen trat Dienstag am Nord des Logenbauers „Rozmaringer“ Geisler ein.

### Ausland.

#### Die Wiener Beamten gegen die Fleischsteuerung.

Aus Wien wird gemeldet: Gestern fand eine gemeinsame Versammlung von 25 Beamtenvereinen statt. Diesen Organisationen gehören insgesamt mehrere hunderttausend Mitglieder an. Auf der Tagesordnung stand die Fleischsteuerung. Die Versammlung erklärte, daß die österreichische Beamtenchaft mit der passiven Resistenz einsehen und den Generalstreik proklamieren werde, wenn die Regierung nicht binnen Monatsfrist die Einfuhr von argentinischem Fleisch durchführe. Beim Zusammentritt des Parlaments wollen die Beamten vor dem Parlamentsgebäude Massendemonstrationen veranstalten.

#### Der Kampf um den Präsidentenstahl.

Der „große Mann“ der Vereinigten Staaten von Nordamerika reist in seinem Lande umher und redet. Europa ist ihm glücklicherweise geworden, jetzt jubeln ihm seine Landsleute zu. Es ist bezeichnend für Völkerentwickelung, daß eine Kraftnatur den irrenden Demokraten und Republikanern der Union so riefend imponiert. Und Roosevelt ist ein solcher Charakter, das hat er lastend bewiesen. Zudem ist seine Präsidentschaft von harten Erfolgen begleitet gewesen, obgleich sich in den Kreisen der wissenden Interessenpolitikler seines Volkes eine heftige Generalschlacht gegen ihn angeknüpft hatte. Roosevelt war schlau: er erklärte bei Talts Antritt, politisch nicht sein und ohne irgend einen Zweck zu verfolgen, als ob er als nächster Vantag ein Ziel der Reformen führen, sogar sich einmal tot sagen. Der Expräsident konnte keine Landeute: die Wirkung blieb nicht aus. Und obwohl Europa im Grunde recht froh war, den smarten Geschäftsmann und zum Teil recht unfairen Gesellschaftler und Politiker los zu werden, drüben wurde und wird er gefeiert. Er ist eben unter jetzigen Umständen. Er „macht“ in allem, was Gemein bringt: in innerer Politik — Sozialpolitik; Sozialpolitik — in Ausland, in Kunst und Wissenschaft, in Sport, kurz: in allem, was das öffentliche Leben bewegt! Seine Fahrt vom Atlantik bis zum Pazifik gleicht einem Triumphzug, und sein Nachfolger trittert Lunte; er will sich den Rang nicht ablaufen lassen, denn die Präsidentschaft rückt immer näher und die Stimmen in der Union mehren sich, die nach Roosevelt als dem Retter aus manchen Nöten rufen. Drum redet Taft, redet — fast wie sein Vorgänger —, aber doch nicht ganz so selbstsüchtig, so strupplos, so diktatorisch, wie der Mann mit dem „prächtigen Pferdeohr“. Ob es ihm, der jetzt im „Weißen Hause“ zu Washington thronet, wohl nützen wird, wenn er es Theddy gleichgültig verläßt und sich mit ihm so oft und pronoziert in wichtigen das Volks- und Wirtschaftsleben der Union betreffenden Fragen identifiziert? Wir glauben es kaum. Um den Stützen sammeln sich mehr und mehr die Massen und ihr Bewußtsein schmilzt ihm zu. Wir erhalten hierüber folgende Meldung:

Newport, 7. Sept. In Minnesota und St. Paul, wohin sich Roosevelt auf Agitationsreisen begeben hatte und große Reden hielt, wurde der Expräsident von der Bevölkerung ungemein gefeiert. Dichtgedrängte Menschenmengen brachten Roosevelt stürmische Ovationen dar. In einer Halle, wo Roosevelt sprechen wollte, hatten sich mehr als 20 000 Personen eingefunden. Die dem Expräsidenten bei seinem Erscheinen auf der Rednertribüne mit nicht endenwährendem tosenden Beifall begrüßten.

Roosevelt wird seinen Siegeszug weiter fortsetzen. Er ist immer bei all seinen Schwächen eine Persönlichkeit, die dem das Welt eine so überragende Rolle spielt. Der Expräsident wird die eine so überragende Rolle spielen. Der Expräsident wird die eine so überragende Rolle spielen.

### Wichtige Versuche mit drahtloser Telegraphie.

London, 7. Sept. Die Kreuzer „Bonaventura“ und „Antiope“, begleitet von acht Unterseebooten, sind im Ostseegebiet telegraphisch anzustellen. Es gelang den Kreuzern, nach den Unterseebooten Telegramme zu senden. Bisher war es noch nicht möglich, einen derartigen Verkehr mit den Unterseebooten herzustellen.

### Die Königin-Mutter von Spanien will auswandern.

— In eine interessante Beleuchtung wird jetzt die Nachricht gebracht, daß die Königin-Mutter von Spanien demnach das Land zu verlassen gedenkt. Es wird nämlich gemeldet:

Belien, 6. Sept. Wie das „Mährische Tagblatt“ meldet, wird die Königin-Mutter von Spanien Marie Christine, bekanntlich eine geborene österreichische Erzherzogin, im Oktober ds. Js. auf dem Schlosse Freudenthal, einer Wohnung ihres Bruders, des Erzherzogs Eugen, zu längerem Aufenthalt einforten. Es heißt, daß die Königin-Mutter, die wegen ihrer strenggläubigen katholischen Gesinnung bekannt ist, wegen des spanischen Kirchenstrafes das Land verlassen will, um dadurch ihre Unparteilichkeit in diesem Streit zu dokumentieren.

Unterschieds betritt jedoch die spanische Botschaft in Wien, daß die Wüßst der Verleumdung der Königin-Mutter nach Österreich besche.

### Kleine Tagesnachrichten.

Eine Depesche des Korrespondenten des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel hatte der Reise des Londoner französischen Botschafters Cambon nach dem Orient politische Motive unterzogen. Am Quai d'Orsay in Paris verriet man, daß diese Meldung jeder tatsächlichen Begründung entbehre. Nachdem Cambon sich an der Küste des Aegaeus zur Erholung einige Wochen aufgehalten hatte, entließ er sich, den Rückweg über Athen und Konstantinopel zu nehmen. Es handelt sich lediglich um eine Vergnügungstour. Mit offiziellen Missionen sei Cambon nicht betraut worden.

Dem Vorgänger in den Tod gefolgt. Aus Santiago de Chile wird gemeldet: Hier ist der stellvertretende Präsident der Republik Chile, Albano, an einem Herzschlag plötzlich verstorben.

### Gerichtsverhandlungen.

#### Strafhammer.

Halle, 6. September.

#### Alte Sünder.

Der 64jährige Arbeiter Wilhelm Dohmig aus Peißen wurde wegen Verneinung unglücklicher Handlungen an einem erst 57jährigen Mädchen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Er ist vor 26 Jahren schon einmal wegen eines ähnlichen Vergehens bestraft worden.

Der 60jährige, noch gänzlich unbestrafte Rentnemänder Bruno Siegler von hier verurteilt in 3 Fällen an hiesigen Schulmädchen in unglücklicher Weise. Seine Strafe bestand in einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Der 45jährige „Provisionsreißende“ Oskar Richter hat ungenügend die Hälfte seines verletzten Lebens im Gefängnis und Justizhaus zugebracht. Seine Anrede noch hat er sich wiederholt recht bemüht, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen. Infolge seiner Verurteilungen habe er aber keine Stellung bekommen können oder, wenn ihm dies ja einmal unter Vermeidung seines Vorlesens gelungen lie, sie bald wieder verloren. So habe er einmal eine sehr gute Stelle gehabt und sie zur völligen Zufriedenheit seines Chefs versehen, bis dieser durch einen ano-

Verehrliche  
**Salem Aleikum-Raucher!**  
Durch Verbilligung der Verpackung, sowie durch beiderseitige Übernahme der Rohtabakmehrkosten durch Fabrikant und Händler wird die  
**Salem Aleikum - Cigarette**  
in der alten  
**berühmten Qualität**  
zu folgenden Preisen weitergeliefert:  
Nr. 3/2 4 5 6 8 10  
zu 3/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stück.  
Orient, Tab.-u. **YENIDZE** Inh. Hugo Zietz,  
Cigaretten-Fabr. Dresden.



amen Brief über Richters Vorstrafen befehlt wurde und ihn darauf entließ. Nach der Entlassung geriet Richter in große Not und suchte sich in Leipzig durch Verdüßungen und Umherwandern zu verhalten. Später hat er durch die Güte von Wohlthätigen zwei Jahre drei Monate Gefängnis erhalten. Zeitiger Handwerker hat sich durch falsche Angaben Geld verdient, und zwar zu dem höchsten Zwecke, keine in ärztlichen Verhältnissen lebende Logiswirtin begähnen zu können! Unter Einwirkung der früheren Strafe wurde er von der höchsten Strafkammer zu insgesamt drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

### „Wurst für die besten Kreise.“

Das Landgericht in Glogau hat ein Urteil gefällt, dessen Begründung Wasser für die legaldemokratischen Mächte ist.

Ein Fleischermeister war angeklagt, in die Wurst schlechtes Fleisch und ganz besonders viel Wasser hineingearbeitet zu haben. Wie die „Berl. Morgenpost“ erzählt, heißt es in der Begründung des Urteils, das auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten lautete: „Bei der Abmessung der Strafe hat das Gericht in Betracht gezogen, daß derselbe (der Fleischermeister) ein gutgebendes, in besser Lage wohndes belesenes Fleisch- und Wurstgeschäft hat, daß er sich auch nicht nur des Zuspruchs von Kunden aus niederen Kreisen, sondern aus den besten Kreisen der Stadt erfreut...“

Der Beurteilte legte gegen das Urteil Revision ein, die er darauf stützte, daß vor dem Gesetz alle gleich sind und Standesunterschiede nicht stattfinden. Ueber die dann erfolgte Vernehmung der Revision muß man sich eines Urteils enthalten, da die Gründe dafür nicht bekannt sind. Doch aber ein solches Urteil überhaupt gefällt werden konnte, zeigt einen bedauerlichen Mangel an sozialem Empfinden.

### Der Sohn verurteilt für den Vater die Strafe.

Der Arbeiter Karl B. junior aus Döslau, der schon mehrmals mit den Korporagen des Strafgesetzbuches in Konflikt gekommen war, hatte wegen eines Vergehens eine vierjährige Gefängnisstrafe ausdient erhalten. Damit er nun die Arbeit nicht ausüben brauchte, meldete sich der Sohn Karl des Beurteilten gegen den Eintritt der Strafe. Er ließ sich fähiglich in die Gefängnisanstalten eintragen und hatte auch bereits drei Tage „gelesen“, als der Gefängniswärter die Täuschung entdeckte. Karl B. junior wurde wegen intellektueller Untugend in fünfjähriger zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die der Anstiftung zu genanntem Vergehen angeklagte Mutter freigesprochen.

### Ein Standalprozeß.

Mit standesmäßigen Vorgängen in einem Dresdener Massageinstitut beschäftigte sich Dienstag die 3. Strafkammer des Landgerichts. Die Inhaberin des Instituts, die Masseuse Kämpf, wurde nach geheimer Beweisaufnahme zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt; der Hauptbeschuldigte, der Ehegatte Kämpf, hatte während der Untersuchungszeit Selbstmord verübt.

## Kunst und Wissenschaft.

### Hochschulnachrichten.

Der Universitätsprofessor für Geographie Dr. Eugen Oberkummer in Wien wird von Anfang Oktober bis Mitte November an der Universität Chicago Vorlesungen über politische Geographie von Europa halten. — Zum Prof. ist der Oberator an astronomischen Rechnungen der Berliner Universität Dr. Jean Peters ernannt worden. — Dr. Barkhausen ist an der Zehn. Hochschule in Berlin als Privatdozent für „Theoretische Elektrotechnik“ zugelassen worden. — Der a. a. Prof. für Pharmakologie und Toxikologie und Direktor des pharmakologischen Instituts an der Universität Göttingen Dr. med. Wolfgang Heubner wurde zum ord. Prof. ernannt. — Die Ernennung des a. Prof. Dr. Karl Ernst von Döbisch in Straßburg i. Elz. zum ord. Prof. der neuromanischen Zoologie in der ev.-luth. Fakultät der Universität Breslau ist erfolgt; er tritt hier an Stelle von Prof. Paul Heine. — An Stelle des im Mai 1910 verstorbenen Geh. Regierungsrats Prof. Dr. jur. Leo von Carlgang wurde der von der Universität zu Münster präsentierte ord. Prof. der Mineralogie und Geologie Dr. Karl Busz als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen. — Aus den Erträgen der Jubiläumsspenden der Stadt Berlin, die dies im Jahre 1899 der Technischen Hochschule stiftete, hat der Senat der Hochschule dem Dipl.-Ingenieur Kurt Höfer ein Reisestipendium von 1500 Mark verliehen. — Ernannt wurde der bisherige ordentliche Professor Dr. phil. Hubert Grimme in Freiburg (Schweiz) zum ordentlichen Professor an der Universität Münster i. W. Sein Verfassungstrakt auf leinische Pflanzologie und altorientalische Geschichte. Dr. Grimme lehrte seit 1889 in Freiburg i. Schw. — Dem Stabsarzt und Bataillonsarzt des dritten Bataillons Gardebataillonaments Dr. med. Erich Hübener in Berlin, dem leitenden Arzt des deutschen Krankenhauses in Neapel Dr. med. Karl Greuter und dem Leiter der städtischen Kapelle in Schanghai Rudolf Sud wurde vom kaiserlichen Kultusminister der Professoren verliehen. — Der VII. Internationalen Dermatologen-

kongreß findet vom 25. bis 29. September 1911 in Rom statt. Präsident ist der Senator Professor Tommaso de Amicis in Neapel, Generalsekretär Dr. Gennaro Garrochi in Rom. Dem deutschen Komitee gehören die Vertreter des Reiches aller deutschen Universitäten an. Generalsekretär für Deutschland ist Sanitätsrat Dr. D. Rosenfeld, Berlin, der auch zu weiteren Auskünften bereit ist. — Der außerordentliche außerordentliche Professor in der Jurisprudenz der Universität Leipzig Geh. Regierungsrat Dr. jur. Georg Hüpe ist zum ordentlichen Honorarprofessor in dieser Fakultät ernannt worden. — Der Professor Moritz Loewe ist, 70 Jahre alt, in Leipzig gestorben. Er war der Herausgeber des bekannten Loewischen Rechtsbuchs.

Neues Heimatmuseum für Meiseburg. In Meiseburg wurde am Montag abend das neue Heimatmuseum im Ratstempel im Anschluß an eine Festkündigung dem öffentlichen Verkehr übergeben. In der Festkündigung wurde 3 Worte gehalten: Deiner Väter Ehre sprach über „Die geologische und prähistorische Sammlung des Meiseburger Vereins für Heimatkunde“, Oberlehrer Dr. Taube gab einen Überblick über die Geschichte Meiseburgs, Seminarlehrer Bangerter behandelte „Die Bedeutung der Heimatbewegung“. Das sehr reichhaltige Museum ist jeden Sonntag von 11—1 Uhr geöffnet.

Zur Gründung eines Dichters-Gedächtnisbuchs, die am 13. September 1910 ihren 80. Geburtstag feiert, hat der Vorstand der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung beschlossen, zur unentgeltlichen Bestellung an seine Volks- und Schulbibliotheken 500 gedruckte Exemplare der „Kollektive Dichters-Gedächtnisbuchs“ zur Verfügung zu stellen. Diese Meisterwerke, die alle Vorträge der feinen humoristischen Kunst der großen Dichter in sich vereinigt, bildet eine Fülle der bekannten „Volksbücher“-Sammlung der Stiftung. Volksbibliotheken, die sich um die Gabe bewerben können, mögen sich an die Bibliotheks-Abteilung der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Gröbchenfeld unter Befugung von 10 Pfennigen oder 10 Hellern für die Uebersetzung des Buches wenden. — Hierbei sei wiederholt an die diesjährige allgemeine Uebersetzung der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung an 1500 Volksbibliotheken erinnert; Bewerbungen, die noch Berücksichtigung finden sollen, sind umgehend an die Stiftung zu richten.

Zur Gründung eines Fritz Reuters-Museums in Berlin fordert der Deutsche Bauernbund auf. Zu diesem Zwecke ist eine Fritz Reuters-Spende begründet worden. Zur Erreichung dieses Zieles verläuft der Bund Siegel-Marken für Briefe und Postkarten zu 10 Pf. und zu 5 Pf. das Stück in Serien von je 10 Stück in je 10 verschiedenen Farben, geschmückt mit dem sprechendsten Bilde Fritz Reuters.

## Theater und Musik.

### Bühnenchronik.

car. „Die Letzte“, Schauspiel in 4 Akten von Maxim Gorki, erlebte gestern, einem Privattelegramm zufolge, in den Berliner Kammertheatern seine Uraufführung. Das interessante naturalistische Stück wurde sehr aufgenommen. Es ist ein in den kühnsten Farben gezeichnetes russisches Gesellschaftsbild. Die Aufführung war hervorragend.

—el. Bei der Uraufführung in Mannheim erzielte Hannes von Humperbergs Einakter „Die Verdamnten“, ein interessantes Stück, lebhaften Erfolg. Die Darstellung unter Gregori war vorzüglich.

## Vermischtes.

### Peft und Cholera.

Dessa, 7. Sept. Nach einer offiziellen Bekanntmachung sind im Stadtbezirk Dessa bisher 84 Pestfälle zu verzeichnen.

Briar, 7. Sept. In das Infektionshospital wurde gestern ein 27jähriger Arbeiter unter Choleraerkrankung in Erscheinung eingeleitet. Der Arbeiter ist seit Sonntag krank, sein Zustand ist sehr bedenklich. Die Ärzte haben ihn aufgegeben. Die bakteriologische Untersuchung zeigt noch nicht, ob die Verle die Cholera asiatica handelt.

Wien, 7. Sept. Die gestern abend verbreiteten Gerüchte von Cholerafällen in Wien und Brünn behaupten sich nicht. Verlässlicher wurde festgestellt, daß es sich in diesen Fällen nur um Szechurdurchfall handelt.

### Dr. Crippen vor Gericht.

Londoner Nachrichten besagen: Bei der Verhandlung gegen Dr. Crippen und Kräulcin Le Reve erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, daß die Anklage gegen Crippen a. u. M. D. und gegen Kräulcin Le Reve a. u. B. g. u. n. i. s. g. u. n. t. Ueber die im Keller des Hauses Dr. Crippens aufgefundenen Leichenteile berichtet der Staatsanwalt, daß trotz der Vorfindung des Mörders noch einige Haarnadeln und Kleidungsstücke der Frau Crippen vorgefunden wurden. Bei der chemischen Analyse der Leichenteile waren Spuren von tödlichem Gift konstatiert worden. Es sei auch erachtet, daß Dr. Crippen das Gift bei einem Apotheker gekauft habe. Der Staatsanwalt verlas dann eine schriftliche, am 8. Juli von Kräulcin Le Reve abgegebene Er-

klärung, in welcher sie erklärte, daß Dr. Crippen ihre Erklärung habe, seine Frau sei nach Amerika gegangen und dort gestorben. Alsdann wurden einige Befragungen vernommen. Die Sitzung wurde schließlich um Donnerstag vertagt.

Ein Urenkelin Bismarcks gestorben. Der Privatdozent an der Universität Rostock Dr. Glawe und dessen Frau Gertrude haben bekannt, daß ihre vier Monate alte Tochter Eugenie Ingeborg Marie Glawe gestorben ist. Frau Gertrude Glawe ist die älteste Tochter des Grafen Wilhelm Bismarck, des bereits verstorbenen zweiten Sohnes des Urenkelsohnes, aus dessen Ehe mit Gräfin v. Arnim. Ihre Vermählung mit Dr. Glawe hat erst im Februar des vergangenen Jahres stattgefunden. Eugenie Ingeborg Glawe war daher eine Urenkelin des ersten Kanzlers.

Schwaffer in Schleißen. Seit vierundzwanzig Stunden regnet es in Schleißen in Strömen. Die Ober steigt, und vom Gebirge wird starker Hochwasser gemeldet.

Schneefest in der Schweiz. Während noch alle Berge in der Schweiz studieren, wie der Hochwasserstand am Juni zu denen ist, droht bereits neue Gefahr. Tropfen es in den Bergen schneit und die Temperatur auf dem Mittellande angelangt ist, ihmellen die Flüsse nördlich vom Gotthard unheimlich an. Im Untertal (Ranton Schwyz), wo anfänglich der leister. Katastrophe während 14 Tage beständig Militär tätig war, droht wieder höchste Gefahr. Die Muta fällt ihre neuen Bett ganz aus und droht überall wieder auszubrechen. Die Bürger arbeiten entgegen. Die Stroh, die unterhalb Zürich in die Limmat einmündet, bringt beständig ganze Bäume und droht ebenfalls überzutreten. Die Berg im Ranton Zug hat bereits wieder die Afer überflutet. In den Bergen fällt beständig Schnee. Der Stützpunkt verhalten sich wieder ein kaltes Meter Kälte, während von der Südseite des Gotthards prächtiges Sommerwetter gemeldet wird.

Rachsch. Als gestern der 23jährige Arbeiter Hug durch die Hofstraße in Frankfurt a. M. ging, wurde er von einem Mann überfallen und durch einen Revolverhieb schwer verletzt. Der Verwundete mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo sofort eine Operation vorgenommen wurde. Man ist auf der Spur des Täters. Es wird ein Rachsch vermutet.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Ufersho gestillt. Aus Prag wird gemeldet: Der Bahnhauptamtler Jiz, der die Bahnkatastrophe vom Weihnachtstag vorigen Jahres bei Ufersho verurteilt hatte, bei der der Berlin—Wiener Schnellzug entgleiste — dabei wurden bekanntlich eine Anzahl Passagiere getötet bzw. schwer verletzt —, wurde zu sechs Monaten im Gefängnis verurteilt durch drei Richter.

Gaurie. Aus New York wird telegraphiert: Der amerikanische Frachtdampfer „Tapaos“ ging stark beschädigt in den New Yorker Hafen zurück, nachdem er bei Sandy Hook bei dichtem Nebel mit einem unbekannten Dampfer zusammengeknallt ist. Das Schiff des letzteren ist unbekannt, da man nach der Kollision nichts mehr von ihm sah.

Antipieptische Panfnoten. Die Antipieptische Panfnoten zu Spone im Graue Westphalen U. S. hat nach einem Telegramm des „Globe“ antipieptische Panfnoten herstellen lassen. Dieser wurden eine halbe Million dieser Panfnoten verpackt. Die Noten sind in einer besonders zusammengepackten Kiste, deren Hauptbestandteil Phenol ist, getränkt. Die Wertpapiere sind damit von jeder Feuchtigkeit getrennt, daß alle Mikroben sofort getötet werden.

### Meteorologische Station.

	6. Sept. 9 Uhr abends	7. Sept. 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	753.7	753.3
Thermometer Celsius	13.1	13.0
Rel. Feuchtigkeit	85%	90%
Wind	SW 3	SW 2
Maximum der Temperatur am 6. Sept.: 19.1°C.		
Minimum in der Nacht vom 6. Sept. zum 7. Sept.: 12.0°C.		
Niederschlagsmenge am 7. Sept. 7 Uhr morgens: 2.2 mm.		
Horobad. Wasserwaage am 7. September: 101.7°C.		

### Wetter-Vorhersagen.

7. September: Bewölkt, schneit, viel kalte Regen, warm.  
8. September: Bewölkt, windig, kalter, kalter.  
9. September: Bewölkt, leicht, meist trocken, normal warm.  
10. September: Wolkig mit Sonnenflecken, schön warm.

Werbung: Wilhelm Georg.  
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Vordruck-Anschaffungen, Gerüst und Handel: Hermann Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Reichow; für das Postamt: Martin Neumann; Druck und Verlag von Otto Henkel, sämtlich in Halle a. S.  
— Diese Nummer umfasst 12 Seiten. — (einschließlich „Verlosungssliste“).

Die Kunststoffe W. Schimmelpfeng beschafft kostbarste Kunststoffe, weiß, auserlesene Agenten nach, liefert die neuesten, leistungsfähigen, preisgünstigen für die ganze Welt. Sie unterhält eigene Fabrik in einer 100 Hektar des Jura und Auslands und steht in Verbindung mit The Bredaer Company in New York mit 100 Niederlassungen in Nordamerika und Australien. — Bureau für die Provinzen Sachsen und Anhalt: Ernst Neumann, 7. Halle a. S. Leipzigerstr. 71. Magdeburg, Weitenberg 62/63.

## Geschäftshaus

# J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

**Kufere**  
-Kinder-  
mehl  
-Kranken-  
kost.

Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedulden  
vorzügliches  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

# Modell-Ausstellung

der letzten Mode-Erzeugnisse  
im feinsten  
**Damenputz.**  
Pariser Originale. — Wiener Genre.  
Größte Auswahl. — Billigste Preise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1910097027/fragment/page=0003

